

Stellungnahme des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs.
17/4526

„Demokratie braucht politische Bildung“ – Niedersachsen braucht wieder eine Landes-
zentrale für politische Bildung

Impressum

Herausgeber:

DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Otto-Brenner-Str. 7

30159 Hannover

www.niedersachsen.dgb.de

verantwortlich: Lea Arnold/Johannes Grabbe

Stand: Januar 2016

„Demokratie braucht politische Bildung“ – Niedersachsen braucht wieder eine Landeszentrale für politische Bildung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Niedersachsen nimmt Stellung zum Antrag „Demokratie braucht politische Bildung – Niedersachsen braucht wieder eine Landeszentrale für politische Bildung“ der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/4526).

Allgemeine Anmerkungen

Grundsätzlich begrüßt der DGB das Vorhaben der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen in Niedersachsen, eine Landeszentrale für politische Bildung neu einzurichten. Als Gewerkschaften stehen wir für die Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Toleranz. Diese sollten das Fundament unserer Gesellschaft bilden, die gekennzeichnet ist durch Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie. Eine Landeszentrale für politische Bildung kann einen wesentlichen Beitrag leisten, diese Werte gesellschaftlich zu festigen und zu transportieren.

Für einen nachhaltigen Aufbau einer neuen Landeszentrale für politische Bildung sind aus Sicht des DGB insbesondere folgende Aspekte von elementarer Bedeutung, die in der weiteren Stellungnahme detailliert ausgeführt werden:

- Findung einer geeigneten Rechtsform der Landeszentrale vorschlagsweise als landesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts
- Sicherung und Konkretisierung einer langfristigen und angemessenen Finanzierung und Ausstattung der Landeszentrale. Für die Mindestausstattung können und sollten hierbei die Landeszentralen anderer Bundesländer als Orientierung dienen
- Konkretisierung der Personalbedarfsplanung
- Konkretisierung der Besetzung und des Aufgabenbereichs des Kuratoriums
- Sicherung der unabhängigen Arbeit der Landeszentrale bei gleichzeitiger Anbindung an ein Ressort

Aus Sicht des DGB wird die Arbeit der Landeszentrale – und damit letztlich auch ihr Erfolg – grundlegend von der Ausgestaltung dieser o.g. Rahmenbedingungen abhängen. Der Aufbau einer neuen Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen muss durchdacht geplant, konsequent umgesetzt und mit einer nachhaltigen Perspektive versehen werden. Dann wird die wichtige Arbeit der Landeszentrale dazu beitragen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die politische Kultur in Niedersachsen zu stärken.

„Demokratie braucht politische Bildung“ – Niedersachsen braucht wieder eine Landeszentrale für politische Bildung

Kernaufgaben der Landeszentrale

Immer weniger Menschen machen von ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch. Der Handlungsbedarf zur Stärkung der politischen Bildung ist derzeit – leider – offensichtlich. Die deutliche Zunahme von Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Populismus zeigt sich nicht nur in dem medial viel beachteten Phänomen der Pegida-Demonstrationen, sondern es steht vielmehr zu befürchten, dass sich Ausgrenzung und Rassismus zunehmend in der Mitte der Gesellschaft verankern. Dies ist insbesondere deshalb dramatisch, da es angesichts der zunehmenden Zuwanderung und Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland verstärkt auf Werte wie Solidarität, Weltoffenheit und gegenseitiges Verständnis ankommt, von denen unsere Demokratie lebt und die es entsprechend zu stärken gilt.

Entscheidend hierbei ist insbesondere die Arbeitswelt. Die Zusammenarbeit im Arbeitsprozess, das kollegiale Miteinander in den Betrieben und die Berücksichtigung der Beschäftigteninteressen durch Mitbestimmung haben eine besondere integrative Kraft. Allerdings ist der gesellschaftliche Zusammenhalt in den letzten Jahrzehnten unter Druck gekommen insbesondere durch Reformen und Eingriffe, die dem Zeitgeist der neoliberalen Ideologie entsprachen. Als Folge sind die oben genannten Werte in Frage gestellt worden, vor allem die soziale Gerechtigkeit ist massiv in Schieflage geraten. Gleichzeitig scheinen viele Menschen nicht mehr an die Gestaltungsfähigkeit der Politik zu glauben, wie die bedenkliche Entwicklung der sinkenden Wahlbeteiligung zeigt. Sollte sich dies verstetigen, steht unsere Demokratie vor einer veritablen Legitimationskrise.

Eine Landeszentrale für politische Bildung sollte deshalb als eine Kernaufgabe haben, die Menschen zu informieren und aufzuklären, ihr gesellschaftliches Bewusstsein zu schärfen, sie durch die Reflexion von elementaren Themen in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement zu stärken und sie politisch zu aktivieren. Dies wäre ein wichtiger Baustein, um das Fundament der politischen Kultur in Niedersachsen zu stärken. Die Zielgruppe bilden dabei insbesondere diejenigen Menschen, die bisher von den Angeboten der politischen Bildung nicht hinreichend erreicht werden. Insbesondere Nichtwählerinnen und Nichtwähler sollten durch die Landeszentrale angesprochen werden. In Niedersachsen gibt es hierzu bereits vielfältige Aktivitäten beispielsweise im Bereich der Erwachsenenbildung oder der gelebten Erinnerungs- und Gedenkstättenkultur, Niedersachsen ist aber gleichzeitig das einzige Bundesland ohne Landeszentrale für politische Bildung. Eine niedersächsische Landeszentrale müsste als Plattform fungieren und die bestehenden, zahlreichen Ansätze bündeln und zu mehr Sichtbarkeit verhelfen. Zentrale Aufgaben wären, den Austausch zwischen den Akteuren zu moderieren, eine gemeinsame Analyse der Situation zu ermöglichen, inhaltliche Impulse zu setzen und gemeinsa-

„Demokratie braucht politische Bildung“ – Niedersachsen braucht wieder eine Landeszentrale für politische Bildung

me Projekte der politischen Bildung anzuschließen. Eine Wirksamkeit wird die neue Landeszentrale allerdings nur dann erreichen, wenn sie die Ebene des theoretischen Diskurses verlässt und mit entsprechenden Partnern die operative Umsetzung politischer Bildung forciert. Hier wäre es eine zentrale Aufgabe, mit Partnern bspw. aus der Erwachsenenbildung und aus dem Bereich der Schulen dezentrale und landesweite Projekte zu konzipieren, hierfür Mittel zu akquirieren und die Projekte erfolgreich umzusetzen. Aus dieser praktischen Arbeit wird die Landeszentrale in erster Linie ihre Bedeutung ziehen.

Aus diesem grundsätzlichen Verständnis leitet der DGB folgende Aufgaben und Anforderungen an eine neuzubildende Landeszentrale für politische Bildung ab, die sich ähnlich auch im vorliegenden Antrag wiederfinden:

Aufgaben

- Stärkung der Demokratie u. a. durch Aktivitäten zur Erhöhung der Wahlbeteiligung
- Stärkung von gesellschaftlichem Engagement, politische Aktivierung von Menschen
- Stärkung des gesellschaftlichen Bewusstseins der Menschen
- Unterstützung von Aktivitäten im Sinne der politischen Bildung in Niedersachsen
- Analyse der gesellschaftlichen Situation in Niedersachsen, Ableitung von Handlungsbedarfen, Konzeption von Maßnahmen, Umsetzung von Maßnahmen
- Vernetzung von Organisationen und Institutionen, die im Sinne der politischen Bildung tätig sind
- Bildung einer Plattform für bestehende Ansätze und Maßnahmen
- Steigerung der Sichtbarkeit von bestehenden Strukturen, Angeboten und Aktivitäten
- Konzeption und Umsetzung gemeinsamer Maßnahmen mit Partnern
- Unterstützung von Projekte der politischen Bildung mit eigenen Mitteln sowie Einwerbung von Drittmitteln
- Moderation von Positionierungsprozesse zu gesellschaftlichen Themen zwischen verschiedenen Akteuren der Landespolitik; Eigene Positionierung zu gesellschaftlichen Themen für das Land Niedersachsen unter Berücksichtigung der Pluralität der Akteure

„Demokratie braucht politische Bildung“ – Niedersachsen braucht wieder eine Landeszentrale für politische Bildung

- Organisation von Veranstaltungen ggf. mit Partnern
- Bereitstellung von Materialien zur politischen Bildung (eigene und externe)
- Bereitstellung von Expertise zu Themen mit gesellschaftlicher Relevanz (eigene und externe)
- Vermittlung von ReferentInnen (eigene und externe)
- Unterstützung von niedersachsenweiten, dezentralen Aktivitäten, Projekten und Veranstaltungen
- Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der oben dargelegten Wertevermittlung
- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit mittels „Neuer Medien“, Vernetzung mit Partnern wie der niedersächsischen Medienanstalt zum Thema „web 2.0“

Folgende Aufgaben kommen aus gewerkschaftlicher Sicht im Entschließungsantrag zu kurz:

- Stärkung von Integration und Inklusion in Niedersachsen, Gestaltung einer Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen
- Berücksichtigung der Arbeitswelt: Beschäftigte als Zielgruppe, Betrieb als Lernort, Einbindung von Betriebs- und Personalräten als Multiplikatoren
- Thematisierung von alternativen Wirtschaftsmodellen/Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung
- Stärkung der Inanspruchnahme von Bildungsurlaub nach dem NBildUrlG
- Austausch und aktive Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie mit den Landeszentralen für politische Bildung in anderen Bundesländern

Organisatorischer Aufbau

Die Landeszentrale sollte mit den politischen Institutionen des Landes Niedersachsen vernetzt sein. Von grundlegender Bedeutung ist jedoch, dass die Landeszentrale inhaltlich eigenständig arbeitet und nicht für partikulare Interessen missbraucht wird. Trotz einer Vernetzung mit dem Land/der Landespolitik muss die Eigenständigkeit gewährleistet sein und auch öffentlich kommuniziert werden.

Dies bedeutet auch, dass es eine klare Abgrenzung zwischen den Aufgaben und Tätigkeiten des Verfassungsschutzes und der Landeszentrale geben muss. Auch darf die Landeszentrale

„Demokratie braucht politische Bildung“ – Niedersachsen braucht wieder eine Landeszentrale für politische Bildung

nicht durch parteipolitische Auseinandersetzungen geschwächt werden, vielmehr sollte ihr Auftrag durch einen parteiübergreifenden Konsens gestärkt werden.

Um einerseits die Vernetzung mit den Institutionen des Landes und andererseits die Eigenständigkeit der Landeszentrale zu gewährleisten, ist eine passende institutionelle Form für die Landeszentrale zu finden. Bei einer landesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts wäre das Bundesland Träger und würde sowohl die Rechts- als auch die Fachaufsicht verantworten, gleichzeitig wäre die eigenständige, unabhängige Arbeit der Landeszentrale gewahrt. Flankierend dazu muss für die Landeszentrale ein Entscheidungs- und Beratungsgremium zur grundsätzlichen inhaltlichen Ausrichtung und Schwerpunktsetzung geschaffen werden. Dieses Gremium sollte ähnlich einem Verwaltungsrats pluralistisch besetzt sein und Kontroll- sowie Lenkungenfunktionen übernehmen.

Die Landeszentrale muss über eine solche materielle und personelle Ausstattung verfügen, die die Umsetzung und Arbeit zu den o.g. Themenschwerpunkten ermöglicht. Größenordnung des Budgets sowie die Personalausstattung sollte sich an den Landeszentralen vergleichbarer Bundesländer orientieren. Die Landeszentrale muss dabei in die Lage versetzt werden, eigene Schwerpunkte zu setzen. Dies gewährleistet die eigenständige und unabhängige Arbeit der Landeszentrale. Eine einfache Zusammenlegung von Aufgabenpaketen und Beschäftigten aus anderen Institutionen wird diesem Anspruch nicht gerecht.

Dazu gehört, dass die Landeszentrale auch über Projektfördermittel verfügt. Für die Akzeptanz durch die sonstigen Anbieter von politischer Bildung im Land ist wichtig, dass die Landeszentrale nicht nur ideeller Kooperationspartner ist. Die Vergabe der Mittel sollte weitestgehend eigenständig durch die Landeszentrale erfolgen, um kurzfristig Aktivitäten initiieren zu können. Die Landeszentrale sollte auf einer festen Personalausstattung basieren. Neben einer Leitung gehört dazu auch pädagogisches bzw. wissenschaftliches Personal. Die neue Impulswirkung sollte auch durch die Personalauswahl gestärkt werden.

Es geht darum, die politische Bildung in Niedersachsen durch die Einrichtung einer Landeszentrale zu stärken. Deshalb müssen hierfür zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Abstriche in der finanziellen/materiellen Ausstattung der bisherigen Anbieter von politischer Bildung sind nicht akzeptabel.